



Welt am Sonntag Frühausgabe Samstag, 29.01.2022, Nr. 5, S. 2 / Ressort: Politik

Rubrik: POLITIK

## Absolut abhängig

### Deutschland lebt von ungeheuren Energieimporten aus Russland - nicht nur bei Erdgas. Und die Hoffnung auf Ersatz aus anderen Staaten könnte trügen

Daniel Wetzel

Nur wenige Berliner dürften sich im Klaren darüber sein, welch große Rolle die im Nordosten gelegene Kleinstadt Schwedt für die Bewältigung ihres Alltags spielt. Hier, am Grenzfluss Oder, residiert ein Unternehmen namens PCK, das alteingesessenen Brandenburgern noch als Petrolchemisches Kombinat bekannt ist. Der neue Eigentümer beschreibt den Firmenzweck auf seiner Webseite selbstbewusst: "Wir bewegen Berlin und Brandenburg."

Tatsächlich deckt Schwedt rund 90 Prozent des gesamten Benzin-, Diesel-, Kerosin- und Heizölbedarfs im deutschen Nordosten. Ohne PCK stünden in der Bundeshauptstadt und Potsdam alle Räder still. "9 von 10 Autos in Berlin und Brandenburg fahren mit Kraftstoff aus Schwedt", heißt es in der Eigenwerbung der "europäischen Spitzen-Raffinerie". Seit November vergangenen Jahres hat sie einen neuen Besitzer: Es ist der Kreml-treue russische Ölmulti Rosneft.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hatte Russland gewarnt, dass ein Einmarsch in die Ukraine einen "hohen Preis" kosten werde. Außenministerin Annalena Baerbock drohte Moskau vergangene Woche: Deutschland habe im Falle einer Invasion eine ganze "Bandbreite von Antworten, inklusive Nord Stream 2". Wenn Kanzler und Ministerin mit ihren Zwölf-Zylinder-Limousinen beim Deutschen Bundestag vorfahren, um solche Drohungen gegen Russland auszustoßen, ist Kraftstoff von Rosneft im Tank. Chef des Konzerns ist Igor Setschin, zuvor stellvertretender Leiter des Präsidialbüros von Wladimir Putin.

Drohungen haben die Eigenart, dass sie nur überzeugend wirken, wenn der Urheber selbst nicht allzu verletzlich ist. Wie aber steht es um Deutschlands eigene Verwundbarkeit, wenn die Lage im Osten eskaliert? WELT AM SONNTAG hat Statistiken zur deutschen Importabhängigkeit von Energierohstoffen ausgewertet. Aktuelle, zum Teil noch nicht veröffentlichte Daten belegen, dass gerade die Abhängigkeit von russischen Energielieferungen überragend ist - und weit über den Erdgassektor hinausgeht.

Schon die Eckdaten zeigen ein erschreckendes Bild: Die Energieabhängigkeit Deutschlands - definiert als das Verhältnis von Nettoimporten zur verfügbaren Bruttoenergie - beträgt 64 Prozent. In Bezug auf Rohöl und Mineralölprodukte liegt die Importabhängigkeit hierzulande, ähnlich wie die der Europäischen Union (EU) insgesamt, bei 97 Prozent, bei Erdgas ist sie mit 89 Prozent ebenfalls fast absolut. Auch müssen 44 Prozent des Kohlebedarfs importiert werden. Nach aktuellen, noch unveröffentlichten Daten der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) hat Russland eine überragende Position bei der Lieferung praktisch aller Energierohstoffe. Bezogen auf den Verbrauch, deckt die vom Kreml kontrollierte Gazprom etwas mehr als die Hälfte des deutschen Erdgasbedarfs. Den deutschen Bedarf an Steinkohle deckt Russland zu 45 Prozent.

Die deutschen Erdölimporte stammen zu mehr als einem Drittel - 34 Prozent - aus Russland. Geliefert wird das schwarze Gold durch eine Pipeline namens Druschba, russisch für "Freundschaft", deren nördlicher Strang zur PCK-Raffinerie Schwedt, der südliche zur Raffinerie Bayernoil bei Ingolstadt führt, an der ebenfalls Rosneft maßgeblich beteiligt ist. Die Frage, die sich deutsche Strategen derzeit stellen dürften oder zumindest sollten, lautet: Wie viel Öl kommt noch durch die Freundschaft-Pipeline, wenn die Freundschaft mit Russland am Ende ist?

Die Möglichkeit, dass andere Lieferanten rechtzeitig einspringen, wenn Russland nicht nur den Gashahn zudreht, sondern auch Öl- und Kohlelieferungen stoppt, beurteilen Experten skeptisch: "Energierohstoffe in dieser Größenordnung lassen sich nicht kurzfristig substituieren", sagt BGR-Experte Martin Pein: "Eine Marktstellung, wie sie Russland bei Kohle, Gas und Öl hat, schnell und vollständig zu ersetzen ist äußerst schwierig bis unmöglich."

Auch Hubertus Bardt, Leiter Wissenschaft des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW Köln), ist skeptisch: "Die Möglichkeiten der Substitution von Gas durch andere Energieträger sind beschränkt." Das sei bestenfalls in kleinen Teilen der Stromproduktion möglich. "Das Potenzial, Gas- durch Kohlekraftwerke zu ersetzen, dürfte unter zehn Prozent des Gasverbrauchs liegen", sagt der IW-Wissenschaftler. "In der Industrie gibt es praktisch keine nennenswerte kurzfristige Ersatzmöglichkeit, bei der Hausheizung auch nicht."

Es gibt zwei Gründe, warum das hohe Maß der energetischen Abhängigkeit in Deutschland und Europa bislang nicht stärker problematisiert worden ist. Das erste Argument ist von der Erfahrung geleitet, dass Russland über die schlimmsten Jahre des Kalten Kriegs hinweg stets ein verlässlicher Gaslieferant geblieben war. Der zweite Punkt basiert auf der Einschätzung, dass Russland von den westlichen Devisen abhängiger ist als der Westen von Russlands Energielieferungen. Beide Argumente

jedoch könnten in der Ukraine-Krise zu einer riskanten Fehleinschätzung führen.

Denn Russland hat seine Vertragstreue bislang eben nur im Kalten Krieg bewiesen. Wie es aber in einem heißen Konflikt darum bestellt sein wird, ist zumindest fraglich. Dass die russische Gazprom ihre umfangreichen Gasspeicher auf deutschem Boden in diesem Winter bereits praktisch leer fallen ließ, ist ein Warnsignal.

Zudem hat Russland in den vergangenen Jahren - seit den Sanktionen infolge der Krim-Annektion - die wirtschaftliche Abhängigkeit vom Westen deutlich verringert. Der China-Handel wurde stark ausgeweitet, Dollar-Positionen reduziert, die Auslandsverschuldung massiv ab- und Reserven aufgebaut. Russland, so die Einschätzung von Beobachtern, ist wirtschaftlich auf Krieg und Sanktionen so gut vorbereitet wie noch nie. Der Glaube, dass der Devisenbedarf Russland zur Vernunft zwingt, könnte zum Problem werden. Sicher: Der langfristige Schaden wäre für Russland immens, sollten im Falle eines eskalierenden Ukraine-Konflikts die Gaslieferungen gen Westen weiter reduziert oder sogar völlig eingestellt werden. Noch ist Deutschland nach China der größte Gasimporteur der Welt. Käme es auch nur zu einer Unterbrechung der Ukraine-Route "wäre das Vertrauen in die Liefertreue dahin, und Europa wäre praktisch gezwungen, zusätzliche Einfuhrkapazitäten zu entwickeln", sagt IW-Experte Bardt. "Damit würde für Russland das Geschäft schneller zurückgehen als durch die Transformation der Energiewende ohnehin."

Ob Putin dieses langfristige Risiko für kurzfristige geostrategische Erfolge in Kauf nimmt, weiß niemand. Er könnte kalkulieren, dass Europa schon schnell einknicken wird, wenn aufgrund ausbleibender Energielieferungen im Westen mitten im Winter Heizungen ausfallen, Kraftwerke stillstehen und Tankstellen schließen. Zumal Äußerungen deutscher Politiker darauf hindeuten, dass diese sich in einer trügerisch gewordenen Sicherheit wiegen.

So glauben neben Außenministerin Baerbock offenbar auch andere Spitzenpolitiker, das angedrohte "Aus" für die bereits vollständig verlegte Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 zwischen Russland und Deutschland werde den Kreml zum Nachdenken bringen. Hinter der Drohung steht die eher gefühlte Wahrnehmung, Deutschland und Europa seien nicht mehr so stark auf russisches Erdgas angewiesen wie früher: Sogenannte LNG-Tanker könnten schließlich im Krisenfall Flüssiggas aus anderen Weltgegenden herbeischaffen. Auch in der europäischen Taxonomiedebatte hatten medial einflussreiche Klima- und Vorfeldorganisationen der Grünen den Eindruck erweckt, dass Erdgas in Kürze ohnehin verzicht- und durch Wind- und **Solarstrom** ersetzbar sei.

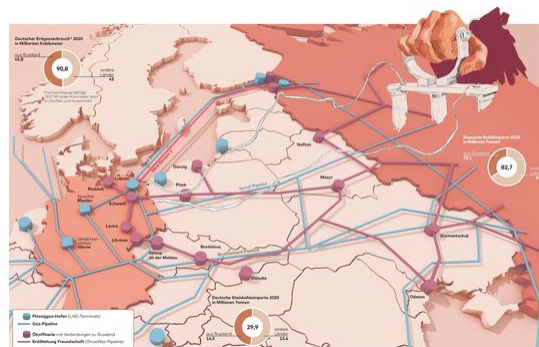
Ein Irrglaube, der in einer kurzfristig eskalierenden Situation im Osten zu einem falschen Gefühl der Sicherheit verleiten könnte. Denn die größte deutsche Ökostromquelle Windenergie deckte nach den Zahlen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AGEB) im vergangenen Jahr nur 3,9 Prozent des deutschen Primärenergiebedarfs, der Anteil der Steinkohle lag mit 8,6 Prozent noch immer mehr als doppelt so hoch.

Die Risiken in der Stromversorgung werden damit unterschätzt. So erhöhte sich die Stromerzeugung aus Steinkohle, die bis dato zu 45 Prozent aus Russland importiert wird, im vergangenen Jahr um satte 26,7 Prozent, fast ebenso stark wuchsen die Einfuhren des Brennstoffs. Damit deckt Deutschland fast zehn Prozent seines Stromverbrauchs.

Auch die Hoffnung auf rettende Flüssiggastanker wird wohl enttäuscht werden: "Die weltweiten LNG-Produktionskapazitäten dürften nicht ausreichen, um russische Gaslieferungen nach Europa vollständig zu ersetzen", zitiert die Energiefachagentur Montel am Donnerstag professionelle Marktbeobachter: Große Flüssiggasproduzenten arbeiteten an der Kapazitätsgrenze. In den USA seien keine überschüssigen Kapazitäten vorhanden, Katar produziere am Limit, und in Australien gebe es Ausfälle an Produktionsanlagen, zitierte die Agentur Hadrien Collineau vom Beratungshaus Energy Aspects. "Das Angebot im Markt ist sehr, sehr begrenzt, und alles LNG, was seinen Weg nach Europa finden soll, müsste aus Asien abgezogen werden", bestätigt Mike Fulwood vom Oxford Institute for Energy Studies.

Eigene Energieressourcen stehen Deutschland kaum zur Verfügung. Die heimische Gasförderung hat sich in den vergangenen zehn Jahren auf kaum nennenswerte 52 Milliarden Kilowattstunden mehr als halbiert, die letzte Steinkohlenzeche wurde 2018 geschlossen, das Aus der Braunkohletagebaue ist beschlossene Sache. Am Freitag erklärte der größte deutsche Gaskonzern, Wintershall Dea, seine Pläne zur Erdgasförderung nahe Halfing in Bayern aufzugeben. Sascha Müller-Krenner, Geschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe (DUH), begrüßte den Erfolg der Bürgerinitiativen gegen das Projekt. Jetzt müssten noch die Wintershall-Pläne für Ölbohrungen im Wattenmeer "unverzüglich gestoppt werden" und der Konzern "den Ausstieg aus der Öl- und Gasförderung in Übereinstimmung mit den Pariser Klimaschutzziele einleiten".

*Daniel Wetzel*




<b>Quelle:</b>	Welt am Sonntag Frühausgabe Samstag, 29.01.2022, Nr. 5, S. 2
<b>Ressort:</b>	Politik
<b>Rubrik:</b>	POLITIK
<b>Dokumentnummer:</b>	191625516

**Dauerhafte Adresse des Dokuments:**

[https://www.wiso-net.de/document/WAMS\\_ef3f0e8978767906249c68effd985a5772a7c4a9](https://www.wiso-net.de/document/WAMS_ef3f0e8978767906249c68effd985a5772a7c4a9)

Alle Rechte vorbehalten: (c) WeltN24 GmbH

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH